

SOZIALDEMOKRAT

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Couleur ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 40.

Berlin, den 3. Oktober 1909.

13. Jahrg.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1908 zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der geradezu erschreckenden Arbeitslosigkeit benutzen wollten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihres wachsenden Einflusses nicht nur diese beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich zurückweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rückgang in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückgang kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als es im Jahre 1907 der Fall war. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zeigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahre 5837 geführt, gegenüber 8053 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1905, das 5659 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahre 15 758 Orte und 49 117 Betriebe mit 742 704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 pCt. der Bewegungen für 449 434 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen wurden 88,9 pCt. durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 pCt. durch Zugeständnisse der Unternehmer ohne Verhandlungen und 7,7 pCt. durch Zurückziehen der Forderungen erledigt.

Streiks und Aussperrungen fanden 2230 statt mit 126 883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahre sehr geringe Differenzen, die zu irgend welchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 pCt. der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 pCt., durch Arbeitseinstellung wurden 1908 36,3 pCt. der Bewegungen erledigt, 1907 33,2 pCt.

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 3025 gleich 51,8 pCt., teilweise erfolgreich: 1425 gleich 24,4 pCt., erfolglos: 1183 gleich 20,33 pCt.

129 Bewegungen waren am Jahreschluss nicht beendet und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 191 428 Personen gleich 33,2 pCt., an den mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen 217 562 Personen gleich 37,8 pCt. und an den erfolglosen Bewegungen 146 238 Personen gleich 25,3 Prozent.

Die Gesamtausgabe für die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrug 4 624 325 M. An den Bewegungen teilzunehmen 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Bureauangestellten, Friseur, Hotelbediener, Notenstecher und Zivilmüller.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401 334 Beteiligten der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 100 Beteiligten wurde veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen hat sich um 36,3 pCt. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 Prozent verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 106 pCt. gestiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen war um 174,7 pCt. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten im 54,2 pCt. erfolgreich, in 30,7 pCt. teilweise erfolgreich und in 37,2 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. Von den 548 Abwehrbewegungen waren 79,3 pCt. erfolgreich, 9,5 pCt. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos.

Der Erfolg der friedlich verlaufenden Bewegungen hat sich im Berichtsjahre noch ungünstiger gestaltet als im Jahre 1907. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch in diesem Jahre trotz der ungünstigsten wirtschaftlichen Konjunktur außerordentlich große sind, zumal die er-

folglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zeigt die Zahl der Streiks und Aussperrungen schon eine Verminderung um 26,5 Prozent, so ist die Zahl der daran beteiligten Personen mit 126 883 gar um 54,8 pCt. zurückgegangen. Die Kämpfe hatten also auch einen geringeren Umfang. Die Ausgaben dafür betrugen denn auch nur 4 477 039 M. gegenüber 12 364 082 M. im Jahre 1907. Beachtenswert ist, daß das Bestreben der Verbände, ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 pCt. fast sämtliche Streikunterstützungen aus eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, des betreffenden Verbandes bestritten. Von den Kämpfen waren Angriffstreiks: 33,1 pCt. (1907: 58,6 pCt.), Abwehrstreiks 54,4 pCt. (1907: 29,9 pCt.), Aussperrungen 12,5 pCt. (1907: 11,5 pCt.).

Die Erfolge der Kämpfe sind etwas günstiger als im Jahre 1907, sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Berichtsjahre. Den größten Anteil an der Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 911 Kämpfen, 29 669 beteiligten Personen, dann folgt die Holzindustrie mit 309 Kämpfen und 15 194 Beteiligten, die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weist jedoch mit 34 643 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Bekleidungs- und Lederindustrie weisen 163 Kämpfe auf, stehen aber mit den 24 530 Personen an dritter Stelle der Beteiligungsziffern. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 26 Kämpfen und 935 Beteiligten.

Beteiligt waren 92 091 männliche und 10 513 weibliche Personen, von denen 83 412 bezw. 5803 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitszeit betragen rund 2 045 000 Tage, an Verdienst nahezu 8 Millionen Mark.

Die Angriffstreiks haben mit 678 gegenüber 1635 im Jahre 1907 einen Rückgang von 58,5 Prozent erfahren. Erfolgreich endeten 46 0 pCt., teilweise erfolgreich 25,8 pCt. und erfolglos waren 24,5 pCt. Die Zahlen weisen eine geringe Verschlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten 9 Berichtsjahre, sind jedoch noch erheblich günstiger als in den Krisenjahren 1901 und 1902.

Die Abwehrstreiks weisen mit 1117 gegen 834 des Jahres 1907 eine Vermehrung um 33,9 pCt. auf. Die Zahl der Beteiligten stieg mit 36 120 Beteiligten jedoch nur um 8,3 pCt. Erfolgreich endeten 47,0 pCt., teilweise erfolgreich 12 pCt., erfolglos 36,7 Prozent. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffstreiks Gesagte. 573 Streiks mit 16 980 Beteiligten mußten um Zurückweisung von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 pCt. erfolgreich und zu 10,5 pCt. teilweise erfolgreich beendet wurden. In 179 Fällen fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 37 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren! In 18 Fällen gleich 48,6 pCt. war es leider nur mäßig, solche, allen Vernunftgründen hohnsprechenden, Maßnahmen zurückzuweisen. In 4 Fällen wurde nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitsverlängerung erfolglos. In 16 Fällen mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten gezählt gegenüber 123 Aussperrungen mit 104 738 Beteiligten im Jahre 1907. Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher vorgenommen worden als in früheren Jahren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 gleich 21,0 pCt. mit 4928 Beteiligten gleich 8,1 pCt. erfolgreich und 84 Aussperrungen gleich 32,7 pCt. mit 29 241 Beteiligten gleich 48,3 pCt. teilweise erfolgreich. Wie bei den anderen Kämpfen ist der Erfolg der Arbeiter bei den Aussperrungen ungünstiger als in den Vorjahren, jedoch trat auch für die Unternehmer nicht der Erfolg ein, den sie erwarteten.

Die Resultate der Bewegungen insgesamt sind eine Arbeitszeiterkürzung für 59 324 Personen in Höhe von 183 751 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 236 641 Personen im Gesamtbetrage von 365 923 M. pro Woche. Außerdem wurden noch für 175 587 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. Korporative Arbeitsverträge wurden 1860 für 232 958 Personen abgeschlossen.

So zeigen die wirtschaftlichen Kämpfe der freien Gewerkschaften selbst in dem so schweren Krisenjahre und bei erheblich verminderten Zahlen noch die tatkräftige Hilfe der Organisation, die den Arbeiter gegen die willkürlichsten Anschläge des Unternehmertums schützt. Würde das immerhin noch große Heer der freien Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter doch erst diese Kulturarbeit der Zentralverbände richtig würdigen und durch Masseneintritte in die Gewerkschaften die Reihen der Kämpfer stärken. In so geschlossener Phalanx würden die Gewerkschaften auf wesentlich größere Erfolge blicken können.

Vom Parteitag in Leipzig.

Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, die Arbeiterinteressen in Wahrheit vertritt. Die jährlichen Parteitage der Sozialdemokratie dürfen deshalb auch das eminenteste Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beanspruchen. Der diesjährige Parteitag hat in der Zeit vom 12.—18. September in Leipzig stattgefunden und für die Arbeiterklasse recht wichtige Beschlüsse gezeitigt. Die politische Arbeiterorganisation zählt heute mehr, denn 600 000 Mitglieder in Deutschland und bedeutet als solche eine Macht im Staate.

Kein Wunder, wenn ihre Tagung aller Augen auf sich zieht.

Die bürgerliche Presse leitete vor und nach einem Parteitag in ausgiebigster Weise über seine Verhandlungen und Ergebnisse. Alle bürgerlichen Parteien spekulieren auf etwaige Dummheiten, die auf den Parteitagen der Sozialdemokratie gemacht werden, um diese für sich auszunutzen. Nun ist es selbstverständlich, daß in einer Partei, die mehr als drei Millionen Wähler und mindestens die doppelte Zahl Anhänger zählt, die Meinungen in dieser oder jener Sache auseinandergehen müssen. Dies schon, weil Sozialdemokraten zumeist denkende Menschen und nicht Windgläubige sind. Die Arbeiter finden dank ihrer miserablen Volksschulbildung auch nicht immer den „guten“ Ton bei ihren Auseinandersetzungen. Und so ist es ganz begreiflich, wenn die Debatten auf den Parteitagen öfter als gut den bürgerlichen Schmock Material liefern. Diesmal sind nun die bürgerlichen Goldschreiber sehr eifrig bemüht um ihre Ernte geprellt worden. Man hatte es verstanden, die noch vorhandenen, in der Sache ohnehin kleineren Differenzen, so auszukurieren, daß die bürgerlichen Schmock mit langer Nase abzulehen mußten.

Wir können uns deshalb auch als Gewerkschafter mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Leipziger Parteitages hoch befriedigt erklären. Von besonderem Interesse und Wert für unsere Berufscollegen ist der Beschluß des Brauntweinbottens. Die betreffende, einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Brauntweinsteuer bezweckt einen großen Teil des durch die wahnwitzige Nützungspolitik verursachten Einnahmebedarfs des Reiches den Schultern der Armen aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingenzpolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Brauntweinrentner ein jährlicher Extraprofit von über fünfzig Millionen Mark gestohert werden. Um dieser verbrecherischen Volksauswucherung zu begegnen und zugleich dem durch den Brauntweingenuß verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Anforderung, den Brauntweingenuß zu verhindern. Die Parteioorganisationen und die Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischster Weise zur Durchführung zu bringen.“

Wir erwarten besonders von unseren Berufscollegen, daß sie diesen

Bechluss restlos zur Durchführung bringen. Meidet den Schnaps, Vollegen, denn der Fusel ist die Quelle des Reichthums der preussischen Unter.

Der Leipziger Parteitag hat ferner der Jugendbewegung neue starke Impulse gegeben und ihrer Fortentwicklung tüchtigen Vorschub geleistet. Er hat das Organisationsstatut en bloc angenommen, nach einem lichtvollen Referat des Genossen Ebert, der u. a. hervorhob, daß niemand in der Kommission daran gedacht hat, die Freiheit der Meinungsäußerung anzutasten, daß aber schwere Disziplinwidrigkeiten, grobe Verstöße gegen die Parteidisziplin, beharrliches Zuwiderhandeln, den Ausschluß rechtfertigen sollen, wobei jedoch drei Instanzen die Unparteilichkeit des Verfahrens garantieren.

Die Maifeierfrage fand für den Moment mögliche Lösung in der Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften, durch welche der Gedanke der Arbeitsruhe auch fortan aufrecht erhalten bleibt. Zum letzten Male wird aber der Parteitag sich mit der Frage noch nicht beschäftigen haben.

Eine ungemein tüchtige Leistung war die Vorlage über die Reichsversicherungsordnung, sowohl nach ihrem kritischen wie nach ihrem positiven Inhalt. Welche unter den uns fernstehenden Organisationen hatte etwas Ähnliches aufzuweisen? Zeigt sich hier nicht, mit welcher Gründlichkeit die Sozialdemokratie, und sie allein, auch auf dem Gebiete der Versicherungswezens den Arbeitern zu Hilfe zu kommen sich beeifert, und daß damit verglichen die Sozialreform der Regierung und der Arbeiterfreunde elende Stimperei, wo nicht Schlimmeres ist!

Wie alle Parteitage, war auch dieser, neben den Hauptstücken, recht ergiebig an klärenden Gedanken, sowie an fruchtbaren Anregungen, die den leitenden Instanzen zur Weiterbehandlung überwiesen wurden.

Der internationalen Solidarität ist der Parteitag gerecht geworden vor allem durch Zuweisung einer weiteren Summe — 30 000 Mk. — an die wackeren proletarischen Kämpfer in Schweden. Es darf hervorgehoben werden, daß der Vorschlag einstimmig und enthusiastische Zustimmung fand. Ferner mit der Protestresolution gegen den blutigen Zarismus, und der Sympathieerklärung mit den spanischen Genossen. Endlich durch den Beschluss, den nächstjährigen Internationalen Kongress in Kopenhagen stark zu beschicken.

So hat der Leipziger Parteitag seine Aufgabe voll erfüllt, er hat tatsächlich die alten Waffen geschärft, neue geschmiedet.

III. Verbandstag

des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Oesterreichs.

Unsere österreichische Bruderorganisation hat unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Krise schwer gelitten; die Höhe der auszufällenden Unterstützungssummen brachten die Finanzen des jungen Verbandes ins Wanken. Die ersten Verbandstage hatten in der Erwartung, daß die Entwicklung der Organisation das gleiche Tempo wie in der ersten Zeit beschaffen würde, die Unterstützungssätze recht hoch normiert und andererseits nicht genügende Karenzzeiten vorgelesen. So kam es, daß ein außerordentlicher Verbandstag stattfinden mußte, um die Finanzen auf besserer Grundlage aufzubauen. Dieser fand in der Zeit vom 5. bis 8. September statt und waren unsererseits die Kollegen Schumann und Dreher delegiert.

Nach den üblichen Begrüßungsreden gab Abgeordneter Kollege Forstner eine Ergänzung des schriftlich vorliegenden Vorstandsberichtes. Redner schilderte besonders, worauf die Zerrüttung der Finanzen zurückzuführen ist. Die Verbandslitung sei ehlich bestrebt gewesen, den Verband zu fördern, aber in der Zeit der wirtschaftlichen Krise sei ihr dies nicht in erwünschtem Maße gelungen. Die Verbandseinrichtungen haben sich im allgemeinen gut bewährt, nur die Unterstützungssätze sind augenscheinlich zu weitgehend normiert worden. Dem Verbands außerordentlich schädigend war aber die Tatsache, daß die Unterhaltungen vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an, ohne jede Karenzzeit, ausgezahlt wurden. Der Verbandstag mußte durch entsprechende Erhöhung der Beiträge, resp. Schaffung von Karenzzeiten, eine finanzielle Gesundung herbeiführen.

In der darauf folgenden eingehenden Debatte wurde allerseits anerkannt, daß die früheren Verbandstage in der Normierung der Unterstützungssätze zu weit gegangen seien. An dem Bericht des Vorstandes hatten die Delegierten nur wenig auszusprechen. Ueber Beiträge und Unterstützungswezen referierte Kollege Amstler.

Alle Gewerkschaften brauchen heute große Fonds, weil sich die Organisationen der Unternehmer von Tag zu Tag stärken. Die Arbeitslosigkeit ist infolge der Krise enorm gewesen und das hat enorme Summen erfordert. Die Arbeitslosigkeit steigerte naturgemäß auch die Krankheiten und die Ausgaben für Krankenunterstützung. Im Jahre 1907 haben wir für Unterstützungen 44 000 Kronen ausgegeben, im Jahre 1908 93 000 Kronen und im ersten Halbjahr 1909 schon mehr als 50 000 Kronen. Wie die von der Gewerkschaftskommission herausgegebene Statistik beweist, sehen wir, was die Ausgaben für Unterstützung betrifft, fast ganz obenan. Nehmen wir an, es würde jetzt eine Epidemie eintreten: die Organisation wäre bei den heutigen Beiträgen und Leistungen nicht imstande, die Ansprüche zu befriedigen. Die Ausgaben für Agitation und Verwaltung sind trotz den erhöhten Aufgaben, die wir in dieser Richtung zu erfüllen hatten, nur in fast unbedeutendem Maße gestiegen und nur die Kosten des Unterstützungswezens sind so gewachsen, daß wir nicht das Auslangen finden. Ich

bitte Sie, dem Verbands die Mittel zu sichern, die er braucht.

Diesem Referat folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der erfreulicherweise allerseits der gute Wille zum Ausdruck kam, die Finanzen auf irgend eine Weise zu heben. Manche Delegierte glaubten aber doch, angesichts der niedrigen Löhne, eine Beitragserhöhung nicht verantworten zu können. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, die nach längerer Beratung dem Verbandstage folgende Vorschläge machte:

Der ordentliche Mitgliederbeitrag beträgt für weibliche Mitglieder: in der ersten Klasse inkl. Dispositionsfonds 42 Heller, in der zweiten Klasse inkl. Dispositionsfonds 52 Heller; für männliche Mitglieder: in der dritten Klasse inkl. Dispositionsfonds 52 Heller, in der vierten Klasse inkl. Dispositionsfonds 62 Heller.

Diese Bestimmungen treten am 1. November 1909 in Kraft.

Den Ortsgruppen des Verbandes verbleiben zur Bekräftigung der Kanzleierfordernisse und Ausgaben von jedem eingehobenen Beitrag vier Heller. Von diesem Betrag müssen die Entschädigungen der Kassierer sowie die Beiträge für die diversen Ortskommissionen bestritten werden.

Für eine Arbeitslosigkeit von weniger als sieben Tagen wird eine Unterstützung nicht ausbezahlt.

Die Beitragserhöhung soll somit in jeder Klasse 10 Heller gleich 8 Pf. pro Woche betragen.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Kommission mit 8299 gegen 1693 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen sieben Delegierte. Für 330 Mitglieder werden keine Stimmen abgegeben.

Die Erzieher Delegierten beantragten ferner folgende Resolution, die einstimmig Annahme fand:

„Der Verbandstag fordert die gesetzgebenden Faktoren auf:

1. Mit dem Zustandekommen des Sozialversicherungsgesetzes endlich ernst zu machen und den betreffenden Beschlußfassungen die vom letzten österreichischen Krankenlagentag ausgesprochene Auffassung zugrunde zu legen.

2. Die Versicherung der Seelente in der kürzesten Frist einzuführen und hierbei die Grundsätze, die von den Vertretern der Seelente in der in Triest am 14. Juli 1909 beschlossenen Resolution aufgestellt wurden, zur Geltung zu bringen.

Hierauf wurden die Wahlen zum Verbandsvorstande und zu Delegationen vorgenommen.

Zum internationalen Transportarbeiterkongress in Kopenhagen entsendet der Verbandstag die Kollegen Forstner und Schwertel, zu unserem Verbandstage in Breslau Forstner und Menges.

Nach Erledigung einer Reihe von Anträgen über das Verwaltungswezen hielt Abgeordneter Forstner eine Schlussrede, in der er die Hoffnung ausdrückt, daß die Beschlüsse des Verbandstages der Organisation zum Segen gereichen werden, und in der er hervorhebt, daß diese Beratung wieder ein Zeichen der hohen Kultur der Arbeiterschaft ist, weil Arbeiter verschiedener Nationen beisammen sind und in Eintracht und mit Würde über ernste Dinge beraten haben. Damit war der Verbandstag beendet.

Die Verbandstage der österreichischen Kollegen sind sonst immer recht stürmisch verlaufen. Diesmal war es anders. Die Verhandlungen wurden trotz der zweifellos unangenehmen Situation recht sachlich und ruhig geführt, ein Beweis, daß auch die österreichische Bruderorganisation den Kinderstühlen bereits entwachsen ist. Unsere Delegierten haben den besten Eindruck mitgenommen. Der Verlauf des Verbandstages und der allseitige Wille der Organisation, auch in der schwierigsten Lage weiterzuhelfen, sind eine sichere Garantie für das weitere Gedeihen des Verbandes. Es fehlt den österreichischen Kollegen weder an Idealismus, noch an materieller Opferwilligkeit für ihre gute Sache. Diese Pflichterfüllung muß auch in schlechten Zeiten gute Früchte tragen.

Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis.

Schon bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes ist hauptsächlich von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß seine Handhabung der Polizeivillfür den weitesten Spielraum lasse. Was damals von den Vertretern der Arbeiter im Parlament vorausgesagt wurde, ist leider in recht vielen Fällen schon eingetroffen. Von der liberalen Handhabung des Gesetzes, die der damalige Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg dem Reichsboten und somit dem ganzen Volke versprochen ist man — wenigstens so weit die organisierte Arbeiterschaft dabei in Frage kommt — bis jetzt noch verdammt wenig gewahr geworden. Den Vogel aber abgeschossen hat zweifelsohne die Polizei in Braunschweig, indem sie unserem Kollegen Bärtsch, dem Bevollmächtigten unserer dortigen Verwaltungsstelle, zwei Strafmandate von je 15 Mk. zusandte, weil er angeblich erstens eine politische Versammlung nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend angemeldet und zweitens als Leiter dieser Versammlung die Erörterung politischer Dinge zugelassen haben sollte.

Kollege B. war sich jedoch einer Uebertretung des Gesetzes nicht bewußt und beantragte richterlichen Entscheid. Und bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht stellte sich nun heraus, auf welche Art die Braunschweiger Polizei feststellt, welche Fragen in den Verhandlungen der Arbeiter erörtert werden. Und das macht sie einfach so: Sie hatte nicht etwa Beamte in die fragliche Versammlung geschickt, sondern sich einfach einige von den Versammlungsbesuchern kommen lassen und diese ausgefragt, ob nicht vielleicht politische Angelegenheiten zur Erörterung gestanden hätten. Trotzdem nun sämtliche Bemerkungen erklärten, daß politische Fragen in der Versammlung nicht erörtert

sind, und auch der Wachtmeister Schulze II als derjenige, dem das Messort der Versammlungsangelegenheiten untersteht, erklären mußte, daß die Polizei von den Vorgängen in der Versammlung nichts weiß, belam Bärtsch die Strafmandate.

Und der Vertreter der Anwaltschaft trat dieser mindestens eigenartigen Auffassung der hohen Polizei bei und zwar: weil der Wortlaut der Einladung zur Versammlung auf die sozialdemokratische Tendenz schließen lasse, weil weiter der Referent Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes, und weil drittens Kollege Bärtsch Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes sei, von dem bekannt ist, daß er unter sozialdemokratischer Leitung steht. Das war wirklich fein debuziert. (Merke! Achtung! D. B.)

Nun hat ja das Schöffengericht sich der salomonischen Weisheit der Polizei und des ihm sinnewandten Anwalts nicht angeschlossen, sondern, wie sichtlich nicht anders zu erwarten war, den Kollegen Bärtsch freigesprochen. Immerhin ist dieser Fall ein eklatanter Beweis, wohin die Reise führen muß, wenn die weislichen Polizeiorgame in der Handhabung des Vereinsgesetzes sich nach ihrem Gefühl und Empfinden ausleben dürfen, ohne daß ihnen von den maßgebenden Instanzen, wie es von Bethmann-Hollweg versprochen hat, ein Paroli geboten wird. Der neue Reichsanwalt wird ja im Reichstage noch Gelegenheit haben, sich darüber zu äußern, ob er denn mit dieser Braunschweiger Art liberaler Handhabung des Vereinsgesetzes einverstanden ist.

Zur Lohnbewegung der Expeditionsarbeiter in Spandau.

Nach vielen vergeblichen Versuchen, die Kollegen Ruffner und Expeditionsarbeiter der Organisation zuzuführen, war dies endlich im letzten Jahre gelungen. Es war nimmehr die Zeit herangekommen, den Kollegen zu zeigen, daß die Zugehörigkeit zur Organisation für sie von eminentem Vorteil ist, sowie reichliche Früchte trägt und nach reichlicher Aussprache wurde deshalb beschlossen, an die zwei größten Expeditionsfirmen Weichardt Nachf. und F. W. Grundt, mit Forderungen bezüglich Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, heranzutreten.

Am 2. September reichte die Ortsverwaltung die Forderungen bei den vorgenannten Firmen ein und erbat sich bis zum 8. September seitens der Unternehmer Rückäußerung bezüglich Verhandlung zur Erledigung dieser Angelegenheit.

Nun geschah etwas, was die Kollegen nie glauben wollten. Zwei Unternehmer, die sich im Konkurrenzkampfe ziemlich stark befähdeten, waren mit einem Schlage ein Herz und eine Seele. Das Telephon wurde in Bewegung gesetzt und eine mündliche Aussprache der Firmeninhaber zu stande gebracht. Man war über die „maßlosen“ Forderungen der „Arbeitsflaven“ so aus dem Häuschen, daß man allen Konkurrenzneid vergaß und sich gegenseitig verständigte, wie man mit vereinten Kräften den „inneren Feind“ abzuwehren habe.

Als bis zum 9. September seitens der Unternehmer keinerlei Nachricht bei der Ortsverwaltung eingegangen war, versuchten die Vertreter der Verwaltung Verhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen. Dieselben lehnten jedoch Verhandlungen mit der Organisation strikte ab und erklärten, daß „ihre Leute“ einen derart hohen Lohn bezögen, daß die Ruffner nicht nötig hätten, sich dieserhalb an die Organisation zu wenden. Herr Krufendorf, der Mitinhaber des Betriebes F. W. Grundt, erklärte, daß alle seine Ruffner, die einen Wochenlohn von 24,50 Mark bekommen, bei 16—18stündiger Arbeitszeit — mit dem „Trinkgeld“ wöchentlich 55.— Mk. verdienen würden! Ein eigenartiges Genie dieser Herr Krufendorf, der uns etwas weiß machen will, was er selbst nicht glaubt. Uebrigens schlug der Herr einen Ton an, der die Schlussfolgerung ergibt, daß er allem Aufsehen nach sehr wenig mit dem Verkehr der Menschen untereinander Bescheid weiß. Wir empfehlen ihm deshalb „Einiges Umgang mit Menschen“ zum eingehendsten Studium.

Eine abends stattgefunden und von allen Kollegen besuchte Versammlung beauftragte dann die Mitglieder der Lohnkommission anderen Tages bei den Firmen vorstellig zu werden.

Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Firmen, unter dem Druck der Organisation, den Kollegen Zugeständnisse machten.

Die Firma Grundt erklärte sich bereit, den dort beschäftigten Kollegen eine Lohnzulage von 1.— Mk. pro Woche für jeden Kollegen, ferner Einführung eines Sommerurlaubes von einer Woche pro Jahr, sowie Vergütung bei nicht einzuhaltender Mittagspause mit 50 Pf. zu gewähren. Des weiteren erklärte sich die Firma bereit, die Arbeitszeit zukünftig zu regeln, indem nimmehr die Arbeit früh 6 Uhr beginnt und abends 7 Uhr beendet sein soll.

Die Millionenfirma Rud. Weichardt Nachfolger konnte sich erst nach längeren Verhandlungen zu einem Entgegenkommen entschließen und bewilligte für jeden Kollegen dann eine wöchentliche Lohnzulage von 1 Mk.

Die Kollegen erklärten sich nach Lage der Verhältnisse mit den Zugeständnissen der Unternehmer für diesmal einverstanden, mit dem gleichzeitigen Gesöbnis, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Kollege der Organisation zugeführt ist.

Wenn auch unsere Forderungen nicht in vollem Maße anerkannt worden sind, so sahen doch die Kollegen, daß dort, wo Geschlossenheit und Organisationszugehörigkeit vorhanden ist, die Unternehmer, wenn auch schweren Herzens, den berechtigten Forderungen der Kollegenschaft Rechnung tragen müssen.

Es wird und muß nun Aufgabe der Kollegen sein, ihre Organisation weiter auszubauen und die

Unerwartetermaßen in ihrem ureigensten Interesse für unsere Sache zu gewinnen, dann wird dem ersten Erfolge der zweite und vollständige auf dem Fuße folgen. Die Nichtschür ist uns gegeben zu weiteren Erfolgen; sorgen wir dafür, daß lang Verärgertes rasch nachgeholt wird, dann werden auch in Spandan bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Agitieren und organisieren, das muß und soll jetzt unsere nächste und heiligste Aufgabe sein, damit wir mit den miserablen Zuständen aufräumen können. Auf die Dauer kann auch das stärkste und hartnäckigste Unternehmertum gegen die Macht der Organisation der Arbeiter nicht ankämpfen. Die Organisation wird in absehbarer Zeit zur Anerkennung gelangen, trotzdem und allem.

Zum Streik der Münchener Kraftdroschkenchauffeure.

Der Streik der Münchener Kraftdroschken-Chauffeure dauert nunmehr schon sechs Wochen, ohne daß eine Aenderung in der Situation eingetreten ist. Wohl hat die Elektromobil-Betriebsgesellschaft nunmehr fünf Arbeitswillige, mit denen der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann. Herr Graf Pappenheim, Direktor des Betriebes, erklärte auch den Streikposten gegenüber, wenn er das gewünscht hätte, hätte er sofort genehmigt. Nunmehr ist er Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden und kann ohne Einwilligung des selben nichts machen. Diese fünf Arbeitswilligen hätte diese Firma sicher nicht, wären nicht seitens der Verkehrsbehörde Sonderprüfungen zugelassen worden. Einem Arbeitswilligen davon wurde bereits der Fahrschein für Benzinvagen genommen, weil er vor vier Wochen etwas unfaßt an ein Hausdach anramte. Den Fahrschein für Elektromobil hatte er wieder erhalten. Nun hatte er in der kurzen Zeit wieder zwei Zusammenstöße, bei denen beide Elektroautos schwer beschädigt wurden. Es muß einem geradezu wundern, warum hier die Polizei nicht eingreift; einem andern Streikenden wäre der Fahrschein schon längst entzogen. Jedenfalls muß erst ein größeres Unglück passieren, bis das bei diesem Menschen geschieht.

Bei der Firma Gebr. Bauer stehen trotz allen Versuchen, Arbeitswillige zu erhalten, sämtliche dreizehn Wagen. In der letzten Woche fuhren drei Lehrlinge auf, die sich jedoch sofort dem Streik angeschlossen.

Die Herren Arbeitgeber bieten alles auf, um einen Zerfall des Münchener Kraftdroschkenvereins zu verhüten. Der diesjährige Streik hat schon so manchen Glanz gebracht, wenn man bedenkt, daß von 104 Betrieben bereits 47 Betriebe mit 92 Chauffeuren den Tarif unterzeichneten. Der Zusatzmitt gegen den Deutschen Transportarbeiter-Verband ist nicht gescheit. Die 150 Streikenden stehen noch so geschlossen da wie zu Beginn des Kampfes. Auf Seiten der Arbeitgeber macht sich allerdings ein Mißmut über die lange Dauer des Kampfes bemerkbar. Vor drei Wochen gingen sie schon bei den Pferdewagenbesitzern herum, um pro Tag 50 Pf. zur Unterstützung der nothleidenden Kraftdroschkenbesitzer einzuzahlen. Nicht bald müßten sie aber erkennen, daß die Solidarität der Besitzer nicht weit her ist, denn bald darauf erschien in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung, daß diese Sammlung eingestellt wird und sämtliche eingezahlten Gelder wieder zurückerstattet werden. Daß auch sonst nicht alles so glänzend steht, beweist ein Protokoll aus einer Versammlung der Münchener Speditoren, die als die Spitzen des bayerischen Arbeitgeberverbandes zu bezeichnen sind. Hier dieses Protokoll im Wortlaut:

„In der heute, Montag, den 6. September 1909, nachmittags 3 Uhr, im Privattonior der Firma Gebr. Weisch, Schützenstr. 5, stattgefundenen Versammlung der Mitglieder der Münchener Speditorenvereinigung wurde beschlossen wie folgt:

Zunächst erstattete der bisherige Kassierer Georg Schummarlin den Kassenbericht, wonach der Verein heute ein Vermögen von 700,89 Mk. besitzt und zwar liegen laut Bankchein der königl. Filialbank vom 9. Februar 1909 600 Mk. auf dieser Bank und 100,89 Mark sind in bar vorhanden, sonach zusammen 700,89 Mark, worüber an dieser Stelle der neu gewählte Kassierer Herr J. Herlich quittiert.

Dem bisherigen Kassierer G. Schummarlin wird von der Versammlung Entlastung erteilt.

Die Versammlung ist damit einverstanden, aus dem Vermögen der Vereinigung Münchener Speditoren 200 Mk. (zweihundert Mark) an den Arbeitgeberverband für Unterstützung an die Kraftdroschkenbesitzer abzugeben. Unser Kassierer Herr Herlich ist ermächtigt, diesen Betrag der gedachten Verwendung zuzuführen.

Um diesen Beschluß zu realisieren, haben nachstehende 7 Mitglieder erklärt, schon jetzt gleich ihren Beitrag pro Jahr 1910 zu bezahlen.

- Firma Schenker u. Co. Firma Gebr. Weisch
- Laderinnung „ Frank
- Herlich „ Gondrand
- Firma Grüber sel. „ Wwe.“

Aus all dem geht hervor, daß die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes vor dem bayr. Arbeitgeberverband nicht zurückschrecken brauchen. Wohl hat es uns schon manchen schweren Kampf gekostet, aber immer sind wir vorwärts gekommen. Die Zukunft wird auch diesen Arbeitgeberverband lehren, daß es besser ist, wenn er mit der Arbeitnehmerorganisation verhandelt. Den Berufscollegen möchten wir aber zurufen: Hinein in die Organisation, damit durch ein geschlossenes Vorgehen das schärfmacheische und prozige Verhalten dieser Arbeitgeber sehr bald gebrochen wird. Die Münchener Kraftdroschken-Chauffeure haben diesen Kampf nicht gewollt; er wurde ihnen aufgezwungen. Deshalb werden sie so lange kämpfen, bis ein ehrenvoller Friede zustande kommt.

Aus unserem Beruf. Automobilfahrer.

Berlin. Der 15. September und der Herr Inspektor Walterjahr von der Scharfmacherfirma „Kauzelhardt“ bildeten in letzter Zeit das Gespräch unter den Kollegen. Freuden ein Hofenmacher oder Liebediener des sich so stark fühlenden Inspektor W. hatte ihm einen Floh ins Ohr gesetzt, daß am 15. September gestreift wird. Diese Mitteilung allein bereitete Herrn W. 14 Tage lang schlaflose Nächte, und pünktlicher als sonst erschien er diese Zeit über im Betriebe, um ununterbrochen, ca 2 Stundenlang, bis der letzte Wagen den Betrieb verließ, auf den bösen Transportarbeiter-Verband zu schimpfen. Schöne „gebildete“ und kraftvolle, der Figur des Herrn Inspektors entsprechende Ausdrücke über den Verband, sind gefallen, so daß sie unseren dort beschäftigten Kollegen unversehrt geblieben. Wir wollen damit unser Blatt nicht beschmutzen, sonst hätte es sich empfohlen, davon eine Blütenlese zu bringen. Die Hände des Herrn Inspektors sind bei dem Schimpfen so in Bewegung geraten, daß heute noch einige Fahrer über Nippenschmerzen klagen. Allerdings sind das solche Kollegen, bei denen Nippenschmerzen wirklich noch angebracht sind. Vorkäufig sind sie froh, daß der 15. September vorüber ist. Warum ist der Herr Inspektor so furchtsam? Steht ihm etwa die Peite seines früheren Geschäfts noch in den Knochen, oder bildet das Wort Streik bei ihm einen Krankheitsreger?

Im letzteren Falle würden wir ihn bemitleiden. Seinen Liebedienern möchten wir aber empfehlen, Herrn W. recht oft einen solchen Wären aufzubinden, damit der Herr ruhiger wird und sich daran gewöhnt. Wenn sich dieser Herr aber einbilden sollte, daß er mit seiner Athletenfigur auch den Geist der Zeit aufhalten könne, so sei ihm an jenes Sprichwort erinnert: Das Weltkranz in seinem Lauf hält keiner auf.

Die Kollegen im Betriebe sollte das Benehmen ihres Inspektors dazu mahnen, sich noch fester in der Organisation zusammenzuschließen als es der Fall schon ist. Nur mit einer geschlossenen Macht können wir dem Herrn beibringen, was wir zum Leben zu beanspruchen haben, das, was dieser Herr für sich schon längst besitzt: Auskömmliche Lohnverhältnisse und menschliche Behandlung!

Die objektivste Behörde der Welt ist zweifellos der preussische Staatsanwalt. Der öffentliche Ankläger hat sich bei den Urteilen des Königl. Amtsgerichts vom 17. und 31. August cr. in Sachen Achilles, der Automobilfahrer vor zu schneller Fahrt warnte, nicht beruhigt, er will offenbar noch immer hierin einen groben Unfug erblicken. Die nachfolgenden Schreiben sind interessant genug, nicht der Desfentlichkeit vorenthalten zu werden:

I. Der Amtsanwalt.
Groß-Lichterfelde, den 4. September 1909.
Pr. S. Nr. 1003/09.

Gegen das Urteil des Königl. Schöffengerichts hier, vom 31. August d. J., habe ich aus folgenden Gründen Verurteilung eingelegt:

Der Angeklagte hat am 25. Juli dieses Jahres in böswilliger Absicht den Dienstbetrieb der Beamten gestört. In dieser Handlungsweise ist zweifellos eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erblicken, weshalb ich die Strafe von 80 Mk. als nicht ausreichend erachte.
gez. Wilbrandt.

An den Schlosser
Herrn Wilhelm Achilles in Westend.
II. Der Amtsanwalt.
Groß-Lichterfelde, den 10. September 1909.
Pr. S. Nr. 961/09.

Gegen das Urteil des Königl. Schöffengerichts hier, vom 17. August d. J., habe ich aus folgenden Gründen Verurteilung eingelegt:

Der Angeklagte hat am 22. Juni d. J. auf der Chauffee in Westhof dadurch groben Unfug verübt, daß er in Gegenwart der dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Polizeibeamten die Führer der Automobile mit hochgehobenem Arm warnte und dabei rief: „Langsam fahren“. In dem Verhalten des Angeklagten, der zweifellos in böswilliger Absicht den Dienst der Beamten gestört hat, ist ein grober Unfug zu erblicken. Wenn auch keine Betriebsstörung vorgekommen ist, so ist aber doch dieses Verhalten geeignet gewesen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Gerade an dieser Stelle sind Warnungstafeln angebracht, auch ist es jedem Führer bekannt, daß dort langsam gefahren werden muß, es bedurfte also keiner Warnung von Seiten des Angeklagten (sic!). Er hat es zweifellos getan, um die Beamten zu schikantieren und sie vor dem Publikum herabzusetzen! Außerdem hat er seinen Fahrschein auf Verlangen des zuständigen Beamten nicht vorgezeigt.
Nach diesen Ausführungen dürfte der Angeklagte zu verurteilen sein.
gez. Wilbrandt.

So der Herr Amtsanwalt! Recht und billig hätte er gehandelt, wenn er im Ansehen der Ministerialverwaltung vom 7. Juli d. J. die Meinung der Gendarmen unterlassen hätte. Diesen Beamten ist es durch die erwähnte Verordnung verboten, auf die bisher beliebte Art und Weise den Verkehr zu regeln. Damit ist das Verhalten der Gendarmen durch die obersten Behörden schon gezeichnet. Sonderbar wirkt es ganz besonders, daß in der kollegialen Tätigkeit M. eine Schikantierung der Beamten erblickt wird. Im vorliegenden Falle schikantieren die Gendarmen durch ihr polizeiwidriges Verhalten die Autoführer. Doch hoffentlich gibt es noch Richter.

Das geruchlose Automobil. Einen besonderen Uebelstand des Automobils, unter dem die die Chauffeure schwer zu leiden haben, indem sie für eine Unvollkommenheit fortwährend mit hohen Strafmandaten befaßt werden, scheint jetzt die Technik beseitigen zu wollen. Wir finden darüber folgendes: „In letzter Zeit gingen wiederholt Mitteilungen durch die Presse, daß die übertriebenen Auspuffgase der Automobile nicht zu beseitigen seien, und daß Preisauschreiben des Vereins zur Beförderung des Gewerbetreibenden seinen Erfolg gezeitigt habe. Demgegenüber können wir jetzt berichten, daß seit kurzem eine Vorrichtung existiert, welche dieses Problem in einwandfreier Weise löst, und zwar ohne Verwendung von Chemikalien in fester oder flüssiger Form, Filter, Kondensationsvorrichtungen oder dergleichen, so daß also dem Automobilisten keine Betriebskosten entstehen. Der Apparat ist vollständig durchprobiert, und läßt sich bei stärkstem Dusen des Motors, was bekanntlich die Ursache der lieblich duftenden blauen Wolken ist, keine Auspuffgase mehr auskommen, gleichviel ob der Wagen fährt oder steht, gleichviel ob der Wagen mit höchster oder niedrigster Tourenzahl läuft. Die Vorrichtung läßt sich an jedem Wagen anbringen. Die Erfinder werden dieselbe jetzt dem zuständigen Behörden vorführen und wird dann hoffentlich ihre Einführung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Für den Automobilisten bietet der Apparat übrigens — abgesehen von dem Fortfall der Strafmandate — den Vorteil, daß er den Motor beliebig stark duse und dadurch seine Abnutzung verringern kann, sowie den besseren Wärmeleitung sich nicht so leicht heiß läuft, bzw. bei starken Kältebeanspruchungen desselben das Kühlwasser nicht so schnell ins Kochen gerät. Dieser Apparat wäre für die Automobilfahrer eine wahre Erlösung.“

Hamburg. Achtung! Tonndorf-Lohe! An Stelle des alten, in Automobilistenkreisen unlieblich bekannten Amtsdieners in Tonndorf-Lohe, der sich zur Ruhe gesetzt hat, ist jetzt ein neuer Amtsdienstler im Sinne seines Vorgängers und in Gemeinschaft mit dem Bureauhilfen des Gemeindevorstehers und anderen Zeugen seine Tätigkeit als Geschwindigkeitsmesser aus. Er kontrolliert nämlich genau die Geschwindigkeit der durchfahrenden Automobile auf der geraden Strecke der Chauffee Wandsbeck-Alt-Nahstedt zwischen den beiden Eisenbahnhüberängen, oder bestimmter Ausgedrückt, die 700 Meter-Strecke zwischen dem Gut von Krognan und der Wirtschaft von Willendorf. Jeder, der diese Strecke mit einer höheren Geschwindigkeit als 15 Kilometer die Stunde durchfährt, erhält einen Strafbefehl. Dem einheitlichen Mutter ist diese „neutrale Zone“ bekannt; da aber die Häuser nicht so dicht stehen, daß der Aneinanderstoß auf das Vorhandensein einer geschlossenen Ortschaft schließen dürfte, wird allen Muttern, die diese Ortschaft passieren, anempfohlen, die Einwohnererschaft von Tonndorf-Lohe nicht durch schnelles Fahren zu erschrecken.
Wann wird dem dortigen Amtsvorsteher und seinen Gehilfen dieser Sport einmal gelegt werden?

Bierfahrer.

Mannheim-Ludwigshafen. Herr Harzenetter, Bezirksleiter des Brauereiarbeiterverbandes und Leiter der Lohnbewegung in Mannheim-Ludwigshafen, hat sich in der Nr. 37 der „Brauereizeitung“ wieder einmal einige Sprünge erlaubt, die selbst unsere Bierlutscher in Ludwigshafen in die Wölle brachten.

Herr Harzenetter, der ja durch seine Taktik, persönliche Verunglimpfung anderer Personen, glaubt, die Kutscher, die sich noch nicht mit Leib und Seele den Bräuern verschrieben haben, kopfschen machen zu sollen, um sie so in die Fittiche des Brauerverbandes zu locken. Daß er gerade das Gegenteil erreicht hat, beweist die Zuschrift der Ludwigshafener Kollegen, welche folgenden Wortlaut hat:

„Herr Bezirksleiter Harzenetter vom Brauerverband sucht jetzt sein schwarzes Gewissen, das er bei der Bewegung gezeigt hat, zu reinigen. Er hat sich in der Nr. 37 der „Brauereiarbeiterzeitung“ unheimlich angestrengt, um sich rein zu waschen, leider hat er aber sein Gewissen damit noch um einige Noten verunreinigt.“

Wenn Herr Harzenetter jetzt mit Zahlen operiert und glaubt, dadurch Bauernjängerei treiben zu können, so möge er sich darüber keine Illusionen machen, denn bei uns gehen derlei Schimpfereien wirkungslos vorüber. In einem Punkte hat Herr Harzenetter recht und das ist, als er anführt, die Brauereiarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen kennen den Hergang der Bewegung. Auch wir kennen nicht allein den jetzigen Hergang der Bewegung sondern auch alle anderen, welche sich in den letzten 15 Jahren abgespielt haben, und deshalb werden wir uns nie und nimmer entschließen, dem Brauerverband beizutreten. Wir wissen, daß die Brauer in den neunziger Jahren von oben herab uns behandelten und uns in ihrer Organisation nicht duldeten. Wir wissen, daß in allen früheren Bewegungen sich die Brauer den Nachen vom Unternehmertum haben stoßen lassen und wir in der Regel leer ausgingen. Dies ist sogar noch im Jahre 1905 geschehen. Da hat uns der losstehende Mühlbauer vom Brauerverband ins Gesicht geschleudert: „Wir hätten für die Kutscher mehr herausholen können, wenn wir gewollt hätten.“ Wir wissen auch, daß unsere Organisation sich während dieser Zeit Geltung verschafft hat und dies gerade die treibende Kraft war, warum man sich jetzt auch entschlossen hat, für die Bierlutscher einen annehmbaren Lohn zu verlangen. Auch in diesem Falle ist das Zugeständnis der Unternehmern in der Hauptsache darauf zurückzuführen, weil die Löhne im Verhältnis zu dem an Plätze üblichen Löhnen nicht mehr in Einklang zu bringen waren. Wir wissen, daß jetzt, wo unsere Organisation die

Alle diese Unnehmlichkeiten bietet der Ravensche Betrieb seinen Arbeitern für einen Stundenlohn von 40 Pf. Höhere Löhne sind in diesem Betrieb unbekannt. Wie man sich bettet, so schläft man. Dem „Organisations“ ist in diesem Betriebe wirklich noch ein fremder Begriff. In den Pausen hört man häufig, daß dieser oder jener über die schlechten Zeiten und die neueste Steuerausplünderung klagt und sogar auch schimpfen; werden aber diese Kollegen auf den Weg der Organisation verwiesen, dann erntet gemeinhin denjenigen, der den guten Gedanken erzeugt, in den meisten Fällen nur Spott und Hohn. Doch halt! Da wir jetzt gerade bei der Organisation sind, wollen wir hierbei noch ein wenig verweilen. Auch im Ravenschen Betriebe gibt es eine „Organisation“, den sogenannten „Ravenschen Arbeiterverein“. Eine Schaffung des Herrn Kommerzienrat Ravens, in dem er den Ehrenvorsitzenden nimmt. Also ohne lange Umschweife, ein gelber Arbeiterverein, der mit dem Gelde des Unternehmers ausgeschaltet wird. Herr Ravens führt denn auch alljährlich eine Summe von etwa 100 bis 200 Mk. an diesen Replikationsfonds ab. Gegenwärtig des diesjährigen Stiftungsfestes des „Ravenschen Arbeitervereins“ wurde ein besonderes Festlich herausgegeben, in dem die Familie Ravens und alle leitenden Herren über den grünen Klee hinaus gelobhudelt wurden. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man über die Hirnverbranntheit dieser Arbeiter lachen. Herr Ravens muß ja, durch das Anwesen von seinen Arbeitern, in den Gedanken verkehrt werden, diese haben in seinem Betriebe den Himmel auf Erden! Dem ist aber, wie im Vorhergesagten bewiesen, keineswegs so.

Nun zum Schluß noch ein Wort an die Kollegen bei der Firma Ravens: Kollegen! euer Lohn ist schlecht, sehr schlecht und unbedingt der Aufbesserung bedürftig. Mit euren 40 Pf. Stundenlohn könnt ihr nicht allen Anforderungen, die das Leben heute an jeden einzelnen stellt, gerecht werden, die mit dem 1. Oktober d. Js. abermals ein Mehr von 1,60 Mk. pro Woche betragen. Und da langt euer Verdienst nicht mehr aus.

Wollt ihr auch in Zukunft ehrliche Arbeiter bleiben und allen an euch gestellten Anforderungen gerecht werden, dann muß eine Erhöhung des Lohnes eintreten. Dann geht es eben nicht mehr mit 40 Pf., sondern da muß ein höherer Stundenlohn gezahlt werden. Doch die Firma wird euch, das glauben wir zu bezweifeln, einen erhöhten Lohn freiwillig nicht zahlen, denn sie wird sich weigern, wie sie dies im Jahre 1906 tat, wo sie den Lohn um nur 2 1/2 Pf. erhöhen sollte.

Also, wollt ihr Anspruch auf bessere Entlohnung erheben, dann werdet ihr dieses nur erreichen durch den Kampf. Erkämpfen kann sich aber eine Arbeiter-schaft nur dann erst was, wenn sie einig und geschlossen ist und jederzeit bereit, den Kampf zu beginnen. Daher rufen wir euch zu, laßt die Quacksalberei, jagt den Ravenschen Arbeiterverein zum Teufel und schließt euch einmütig, in der freien und modernen Gewerkschaft, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande, zusammen. Durch Einigkeit werden selbst „Dosen, Egel und Kamele“ hart und bezwingen ihren Herrn!

Die Hausdiener aus der Textilbranche haben noch vielfach patriarchalische Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bei der renommierten Kammwollwaren-Firma Gebrüder Fränkel, Bischoffstr., trifft dies ohne weiteres zu. Auch hier ist es noch üblich, daß die Packabfälle von den Hausdienern verkauft und der Erlös dafür unter den Betroffenen verteilt wird.

Als in dieser Beziehung andere Bestimmungen getroffen wurden, legten kurzerhand die Kollegen ohne weiteres die Arbeit nieder. Bei der mit Erfolg angestrebten Vermittlung des Verbandsvertreeters erklärte dieser dann auch den Inhabern, daß die gezahlten Löhne keineswegs den Verhältnissen entsprechen und empfahl, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Frage kommenden tariflich festzulegen.

Die Organisationsleitung nahm Rücksprache mit den Kollegen und diese beschloßen, einen diesbezüglichen Tarifentwurf einzusenden und zwecks Verständigung um eine Aussprache zu erlangen. Dies ist als dann geschehen, jedoch wollte die Firma sich in bezug auf die Löhne nicht binden, denn nach der Aussage der Inhaber beständen in diesem Betriebe noch patriarchalische Verhältnisse und angeblich wollten auch die älteren Kollegen ihre bisher erhaltene Weihnachtsgünstigung etc. weiter haben.

Wir dagegen stehen auf dem Standpunkt, daß es viel richtiger ist, wenn derartige Geschenke in der Weise verrechnet werden, daß dieselben, wie in einigen Betrieben bereits eingeführt, allwöchentlich mit zur Auszahlung gelangen. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß, wenn beim Engagement nicht ausdrücklich bestimmte Abmachungen vereinbart werden, der Kollege bei einem etwaigen Abgange oder Entlassung in den meisten Fällen stets der Berechtigteste ist.

Die Firma beharrte jedoch darauf, das alte Verhältnis bestehen zu lassen und nur in bezug auf den Anfangslohn, welcher bisher verschieden war, sich fest zulegen.

Es wurde eine schriftliche Vereinbarung mit der Organisation, welche gegenseitig bestätigt wurde, des Inhalts getroffen, daß von nun an der Anfangslohn 25 Mk. pro Woche beträgt. Eine Steigerung des Lohnes soll, wie bisher, nach den Leistungen erfolgen. Die Lohnzahlung geschieht von jetzt ab des Freitags. Als Sommerurlaub wurde folgende Regelung festgelegt:

Bei 1jähriger Tätigkeit	3 Tage
2 "	6 "
5 "	10 "
8 "	14 "

Unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Kündigung ist eine gegenseitig 14tägige. Bei Einstellung von Arbeitskräften soll der Nachweis des Transportarbeiter-Verbandes in Anspruch genommen werden.

Durch diese Abmachung haben die Kollegen infolgedessen einige kleine Vorteile erzielt, als jeder zunächst eine sofortige Zulage von 1 Mk. und ein Kollege eine solche von 2 Mk. pro Woche erhielt. Auch die Lohnzahlung am Freitag dürfte mit Rücksicht darauf, daß die Frauen Gelegenheit haben, ihre, wenn auch bescheidenen Einkäufe, rechtzeitig erledigen zu können, ein Vorteil sein.

Diese berechtigten Forderungen glaubte die Firma nicht einführen zu können, dennoch erklärte man sich nach längerer Unterredung dazu bereit. Mit der Regelung und Einführung des Sommerurlaubes können die betreffenden so leidlich zufrieden sein. Befremdet muß es uns erregen, daß immer noch ein Teil unserer Berufsgenossen, selbst aus dem Handelsgewerbe, dieser kleinen sozialen Fürsorge verlustig geht.

Was den Verbandsvertretern bei der eingehenden Verhandlung jedoch auffiel, war, daß die Firma über das Organisationsverhältnis sehr genau informiert ist, doch der Hinweis des Inhabers, daß nunmehr alle Hausdiener einem Verband angehören werden, sollte jedem Berliner Kollegen zur Nichtschmür dienen, dies um so mehr, als der Inhaber die Arbeit der Sozialdemokratie für die Arbeiter-schaft ohne weiteres anerkannte. Werden unsere Freunde aus der Niederwallstraße diese Ausführungen aus dem Munde eines großen Unternehmers beherzigen? Zeit wäre es bald.

Kreuznach. In unserer, durch das Kurbad weltberühmten Stadt, welche jährlich, jahraus als der Zielpunkt vieler erholungsbedürftiger reicher Leute dient, herrschen, besonders unter den Handels-hilfsarbeitern, die traurigsten Zustände, und die Armut ist unter ihnen zu Hause. Die Arbeitsverhältnisse der Kollegen sind schon unter aller Kritik, es steht aber in Punkt bezahlung noch trostloser aus. Wie die fiktiven Löhne der Handels-hilfsarbeiter im allgemeinen aussehen, davon zeugt treffend folgender Fall. Im hiesigen öffentlichen Anzeiger stand vor kurzem folgende Annonce: „Ein kräftiger Hausbursche gesucht.“ Rheinisches Kaufhaus, Inh.: W. Hofmann.“ Hierauf meldeten sich einige Kollegen für diese Stelle. Der Lohn, der ihnen geboten wurde, war sage und schreibe pro Woche 8 (acht) Mark ohne Kost und Logis. Daß betreffender Kollege dafür auch noch ein guter Radfahrer sein mußte, war dabei Hauptbedingung. Nun sind erstens am Orte die Preise der Lebensmittel sehr hohe, im weiteren beträgt der Mindestlohn für Kost und Logis eines ledigen Kollegen 11 Mk. pro Woche. Ohne Kleider und Schuhe geht es in heutiger Zeit auch noch nicht und außerdem hat doch jeder Mensch auch noch einige andere Ansprüche an Leben.

Wir fragen nun Herrn Hofmann, welcher in seinem Geschäft hauptsächlich auf die Arbeiter-schaft angewiesen ist, wie sollen seine Handels-hilfsarbeiter bei einem solchen Hungerlohn ehrlich bleiben, wenn sie als Menschen leben wollen? Dies möchte Herr Hofmann zum mindesten erst einmal selbst versuchen. Leider sind diese traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in anderen hiesigen Geschäften nicht besser. Daß dem so ist, liegt aber einzig und allein an die Kollegen Handelsarbeiter selbst. Der Organisation, durch welche sie einzig und allein ihre Lage verbessern könnten, gehen diese Kollegen zumißt aus dem Wege. Sie haben noch nicht begriffen, daß ein einzelner ihre Lage nicht verbessern kann, sondern daß dazu eine feste organisierte Masse gehört. Kollegen! Soll es in Kreuznach in unserem Berufsverhältnisse besser werden, so schließt Euch alle dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande an; nur somit erlangen wir Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unseres Berufes.

Transportarbeiter.

Mugsburg. Einen schönen Erfolg hatten die Kollegen in der Sammelhalle durch ihren Zusammenhalt errungen. Waren in diesem Betriebe noch vor zwei Jahren nebst der schlechten Bezahlung noch eine Reihe anderer, nahezu unerträglicher Mißstände vorhanden, so kann heute gesagt werden, daß die in der Sammelhalle arbeitenden Kollegen nicht nur zu den bestbezahlten, sondern auch die geregeltesten Arbeitsbedingungen haben. War früher diese Sammelhalle von den Kollegen wegen geringen Lohnes und langer Arbeitszeit gefürchtet, und das will in Mugsburg schon etwas heißen, so dürfte dieser Betrieb heute für die übrigen Kollegen als Muster gelten. Gestützt auf ihre Organisation hatten die in Frage kommenden vor einem Jahre nebst einer nicht unbedeutenden Lohnzulage die Arbeitszeit geregelt. Durch ihr neues einmütiges Vorgehen erreichten sie wieder eine Lohnzulage von 3 Mk. pro Woche, so daß der Anfangslohn heute nach drei Monaten Probezeit 21 Mk., nach zwei Jahren 22 Mk., nach drei Jahren 23 und nach fünf Jahren 24 Mk. beträgt. Außerdem erhalten für Sommerarbeiter zwei Kollegen 50 Pf. Zulage täglich, so daß sich der Gesamtlohn auf 27 Mk. erhöht. Es kann gewiß niemand behaupten, daß das Erumrenne für die heutige Zeit schon vollständig ausreicht ist, aber wenn man die Löhne und Arbeitszeit der Fuhrleute und anderen Speditionsarbeiter denen der Sammelhalle gegenüberstellt, so können die Kollegen der letzteren auf ihre Arbeit stolz sein. Auch die Kollegen der Speditionsfirma Störber haben, gestützt auf unsern Verband, ihre geringen Löhne um 1,50 Mk. erhöht. Weichen die Kollegen ihrer Organisation treu, so wird es nicht besonders schwer sein, auch ihnen noch besser auf die Füße zu helfen. Die übrigen Kollegen aber sollen sich an den beiden Fällen ein Beispiel nehmen und sich ebenfalls organisieren. Wenn bei den beiden Firmen nicht alles erreicht werden konnte, was die Kollegen an verschiedenen Orten längst

haben, so sind eben diejenigen daran schuld, welche dem Verbands aus dem Wege gehen und sich nicht entschließen können, ihren Arbeitsbrüder beizustehen. Alle stets in den Vordergrund geschobenen Ausreden der Indifferenten sind nur Schein; in Wirklichkeit scheuen sie sich, die verhältnismäßig kleinen Beiträge an den Verband zu entrichten. Dies, trotzdem doch auch diese Kollegen einsehen müssen, daß es vernünftiger wäre, das kleine Opfer zu bringen, um dann bessere Löhne und geregelte Arbeitszeit dafür einzutauschen. Schon längst ist den Kollegen in der Speditionsbranche das goldene Kalb in Aussicht gestellt worden; aber Versprechen und Haken sind eben zweierlei Dinge. So lange die Kollegen nicht zu bewegen sind, in die Versammlungen zu kommen und sich dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande anzuschließen, werden sie sich wohl den Mund waschen können, aber essen tun andere, welche es vor den Arbeitern erkannt haben, daß in der Ewigkeit die Macht liegt.

Berlin. Mit welchen Mitteln in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Brunnenstraße, die Organisation vernichtet werden soll, beweist folgender Fall. Vor einiger Zeit nahmen die Kollege Bader, Lager- und Transportarbeiter aus der Abteilung Maschinenlager, in welcher ungefähr 260 Kollegen beschäftigt werden, von denen ca. 195 organisiert sind, zu Frauenmännerwahl Stellung. Nach reichlicher Aussprache wurde beschlossen, diese Weniger drei Kollegen, einer sogenannten Vertrauensmännerkommission, zu übertragen. Wie nun in den meisten Fällen ein Teil der Kollegen es nicht über's Herz bringen kann, über ihr Tun und Lassen zu schweigen, sondern das Bedürfnis haben, alle Vorkommnisse recht breit zu treten und sich dabei wenig Vor-sicht auferlegen; so auch im Maschinenlager.

Am anderen Morgen, nach der Frühstückspause, wurde festgestellt, daß der Meister sowie der Abteilungschef von allem, was in der Versammlung vorgegangen, unterrichtet waren. Sofort wurde wahrgenommen, daß der Abteilungschef, Herr Jänike, mit Meister Langfeld konfizierte und die gewählten Vertrauensmänner scharf beobachteten. Erlaubte sich einer von den Gewählten den Arbeitsplatz zu verlassen, sofort sah er sich von Meister Langfeld verfolgt. Ganz besonders hatte unter dieser Beobachtung der Kollege Knaak zu leiden. Knaak gehörte rechtlich gar nicht zu der Abteilung Langfeld, sondern war einem anderen Meister unterstellt. Aber das genierte Herrn Langfeld nicht, den Kollegen ständig zu verfolgen. Der Zufall wollte es, daß der Vorgesetzte der Abteilung, in der Knaak beschäftigt war, krank wurde und Herr Langfeld die Aufsicht erhielt; sofort war es seine erste Tat, den ihm verhassten Vertrauensmann, von dem er böses witterte, zu entlassen, und zwar wegen Arbeitsmangel.

Unser Kollege gab sich aber keineswegs mit dieser Abschließung zufrieden, sondern protestierte gegen die Entlassung und wies auch nach, daß ein Arbeitsmangel nicht vorliegen könne.

Und da der Abteilungschef, Herr Jänike, immer noch versuchte, unseren Kollegen von einem Arbeitsmangel zu überzeugen, nannte dieser seine Entlassung mit dem richtigen Namen, indem er darauf hinwies, daß seine Entlassung nur wegen des übernommenen Vertrauensmannspostens erfolge und er somit gemäß-regelt werde.

Letzteres wurde entschieden bestritten und da Herr Jänike ein sah, daß eine Maßregelung doch zu offensichtlich hervortrat, gewährte er unserem Kollegen eine Frist von 14 Tagen, die er noch weiter arbeiten könnte, mit dem Bemerkten, sich zu bessern. Also mit einem Male war der Arbeitsmangel gehoben.

Die 14 Tage vergingen, und da eine Besserung bei unserem Kollegen, nach Ansicht der Herren Jänike und Langfeld, nicht eingetreten war, erfolgte abermals die Entlassung. Aber auch jetzt wurde wieder das alte Lied, wegen „Arbeitsmangel“, angegeben. Am anderen Tage jedoch wurde die Arbeitsstelle des Kollegen Knaak durch zwei Arbeiter, die neu eingestellt wurden, ausgefüllt. Wenn nun Herr Jänike und Meister Langfeld meinen, den weiteren Vorgehen der Organisation in ihrer Abteilung gehemmt zu haben, so irren sie beide ganz gewaltig. Gerade solche Vorkommnisse beweisen der Arbeiter-schaft immer von Neuem, wie notwendig es ist sich immer enger zusammenzuschließen, damit sie in der Lage ist, Uebergriffen, die das Unternehmensinteresse oder dessen Helfershelfer sich erlauben, energisch entgegenzutreten zu können.

Auch vorliegender Vorgang hat seine Einwirkung auf die Kollegenschaft nicht verfehlt.

In einer gut besuchten Betriebsversammlung wurde das Vorgehen des Herrn Jänike und Meister Langfeld entschieden verurteilt und gegen die Entlassung des Kollegen Knaak protestiert. Besonders scharf wurde das Verhalten des Meisters Langfeld kritisiert, da gerade dieser Herr sich bei Anlässen damit brüstet, „arbeiterfreundlich“ zu sein und die „sozialdemokratischen Bestrebungen“ unterstütze. Um seine Gesinnung Arbeitern auch in sichtlicher Weise zu demonstrieren, läßt er sich zeitweise von Arbeitern, von denen er weiß, daß sie den „Vorwärts“ lesen, dieses Blatt geben mit dem Hinweis, daß er ein durchdringender Anhänger sei. Die Kollegenschaft vom Maschinenlager hat aber endgültig seine Heuchelei durchschaut.

Eine Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte, gab der Würdigung dieses Herrn Ausdruck.

Damit Herr Langfeld kennen lernt, wie seine Arbeiter über sein Tun denken, lassen wir die Resolution im Text folgen, welche lautet:

„Die versammelten Bader, Lager- und Transportarbeiter von der Abteilung Maschinenlager, M. E.-G. Brunnenstraße, nehmen Kenntnis von der Entlassung des Kollegen Knaak. Die Versammelten protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Entlassung ihres Vertrauensmannes, was sie als ein

Wachwert des Herrn Langfeld betrachten. Es ist in der Art der Entlassung eine Ungerechtigkeit zu erblicken, die der Arbeiterfreundlichkeit dieses Herrn Sohn spricht.

Die Versammelten sind sich darin einig und verpflichtet sich, nach wie vor zum Verbanne zu stehen und dafür zu sorgen, die Solidarität der Kollegen zu stärken, damit zukünftig derartigen Vorkommnissen mit aller Energie entgegengetreten werden kann.

Zu bemerken ist, daß die Resolution an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Es ist dies eine Warnung für Herrn Langfeld und auch für den Abteilungschef Herrn Jänide, die Segel nicht allzu straff zu spannen. Unseren Kollegen können wir nur raten, sich von derartigen Nadelstichen nicht beirren zu lassen, sondern getreu dem Willen, den die Resolution Ausdruck gibt, zu folgen, dann werden sie sich und ihrer Organisation die nötige Anerkennung verschaffen.

Würzburg. In direkt trauriger Lage findet man immer noch die Würzburger Kohlenarbeiter. Trotzdem die Kollegen unter schwerster körperlicher Anstrengung ihr tägliches, nicht zu lang bemessenes Arbeitsquantum verrichten müssen, werden hier Löhne bezahlt die sich mit dem menschlichen Gedankens nicht mehr vereinbaren lassen. Besonders die Firma Kreitlein am Mainquai setzt ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ die Krone auf, indem sie ihrem Arbeiter den horrenden Lohn von 2,80 Mark bezahlt. Im verflochtenen Winter benutzte die Firma die große Arbeitslosigkeit, um für sage und schreibe 2,20 Mk., bei 14stündiger Arbeitszeit täglich ihre Leute arbeiten zu lassen. Bei sämtlichen anderen Firmen sind die Verhältnisse aber nicht besser. Die Firma Schmitt, Sanderstr., zahlt nur deshalb 3 Mk., weil sie sich wahrscheinlich doch schämt, ihre Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn, — der hier 3 Mk. beträgt — zu entlohnen. Bei der Verladungsfirma Werfenfelder im Kohlenhof ist eine derartige Treiberei und Ungeheuer anzutreffen, daß es uns unbegreiflich ist, daß derartige Zustände bestehen können. Von einer Bezahlung der reichlichen Ueberstunden will dieser „Unternehmer“ überhaupt nichts wissen. Alle diese schlechten Arbeitsbedingungen können gebessert werden, wenn alle Kollegen sich aufrufen und dem Transportarbeiterverband beitreten. Die Unternehmer können höhere Löhne zahlen, das berechtigt die hiesige Firma W. D. Warth, die 3,50 Mk. Tagelohn, Bezahlung der Ueberstunden, sowie Provisionsanteil bezahlt. Daß den hiesigen Kohlenunternehmern vor der Einigkeit der Kollegen bange wird, beweist unsere letzte Kohlenarbeiterversammlung, zu der die Unternehmer alle Mittel in Bewegung setzten, um die Kohlenarbeiter vom Besuch abzuhalten. Sie ließen die Telephone arbeiten und drohten kurzerhand mit Entlassung. Aber bange machen gilt nicht. Auch die Würzburger Kohlenunternehmer werden noch umkehren. Den Kohlenarbeitern rufen wir aber zu: Schaut auf Regensburg! Nehmt Euch die Einigkeit der dortigen Kollegen zum Vorbild. Dann werden auch in unserer schwarzen Metropole die Kollegen eine bessere, menschenwürdige Existenz erringen.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bielefeld. Kürzlich fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche leblich besucht war. Es wurde zur Sektionsenteilung Stellung genommen. Nach längerer sachlicher Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde diese abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, die Vertrauensmänner alle vier Wochen zur Vorstandssitzung mit einzuladen. Zur Stellungnahme zum Stiftungsfest wurde in Erwägung gezogen, dasselbe wegen des Bierkrieges bis auf weiteres zu verschieben. Der Vorsitzende schilderte die Abwehrbewegung bei der Expeditionsfirma Herrn Keller, welche durch das einmütige Zusammenhalten der Kollegen und des energischen Eingreifens der Ortsverwaltung ohne längere Arbeitseinstellung zugunsten der Kollegen beendet ist. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Bremerhaven. Am 12. September fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher der Gauleiter einen Vortrag über: „Die neue Steuerbelastung und ihren Einfluß auf die arbeitenden Klassen“ hielt. — Redner führte den Anwesenden vor Augen, wie es die Mehrheit des Reichstages, genannt der Schnapsblock, verstanden hat, dem arbeitenden Volk 400 Millionen Mk. Steuern aufzubürden. Wohlweislich hat es dieser Schnapsblock abgelehnt, die uns endlose wachsenden Unkosten für Militärismus und Kolonien durch eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer zu decken, wie es die Gerechtigkeit eigentlich verlangt. Aber nicht genug damit, von den bewilligten 400 Millionen Mk. fließen noch 50 Millionen den Junkern und Schnapsbrennern als Liebesgabe in die Tasche, was geradezu einer Verhöhnung des arbeitenden Volkes gleichkommt. Aber auch die übrigen Kapitalisten und Unternehmer suchen aus der Bier-, Branntwein-, Tabak- und Zündwarensteuer noch für sich Kapital zu schlagen, indem sie die Preise noch über die Steuerhöhe hinaus erhöhen. Allein das arbeitende Volk ist es, das alle dadurch entstehenden Mehrbelastungen des Konsums ertragen muß. Eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen wird dadurch jährlich um ca. 50 bis 60 Mk. mehr belastet. Daß solche traurigen Zustände heute noch bestehen können, liegt leider an die Arbeiter selbst. — Leider hat ein großer Teil derselben seine Lage und den Wert der Organisation noch nicht erkannt. Nur erst dann, wenn sich alle Arbeiter erst politisch und gewerkschaftlich betätigen, können bessere Zustände geschaffen werden. Daher ist es vor allem notwendig, daß sich alle unsere Berufs-Kollegen ihrer Organisation,

dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, anschließen. Hierauf gab der Kollege Arnenmann einen Ueberblick über den Generalkrieg in Schweden, worauf den dort kämpfenden Arbeitsbrüdern 100 Mk. aus der Ortskasse bewilligt wurden. Nach Begehung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Gelle. Am Sonnabend, den 21. September, fand hier selbst eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Ist es durchführbar in Gelle einen Gewerkschaftssekretär anzustellen und welchen Vorteil hat hiervon die Arbeiterchaft? 2. Wie stellen wir uns zu einer Beitragserhöhung? 3. Bewilligung einer Unterstützung für die „Schweden“.

Ueber die ersten beiden Punkte sprach der Gauleiter. Er führte zunächst den Anwesenden den Nutzen vor Augen, den die Arbeiterchaft durch die Anstellung eines Sekretärs hat. Andererseits wies er aber auch darauf hin, daß eine derartige Anstellung erst dann erfolgen könne, wenn die hierzu nötigen Mittel, die immerhin rund 3000 Mk. pro Jahr ausmachen, ohne große Schwierigkeiten aufgebracht werden können. Außerdem sei aber auch Vorbedingung, daß sämtliche Geller Gewerkschaften sich an dieser Einrichtung beteiligten, denn da in Gelle etwa 1300 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden seien, könne es nicht angehen, wenn 400—500 nicht mitmachten. Der Gauleiter empfahl die Beteiligung nur dann, wenn sie von allen Gewerkschaften unterstützt würde. Hierbei sei dann gleich die Frage zu stellen, können wir die Kosten für diese Einrichtung mit unseren jetzigen Beiträgen bestreiten?

Diese Frage sei mit einem glatten Nein zu beantworten. Es ist wohl Tatsache, daß die Geller Kollegen dadurch, daß sie einige Jahre einen Lokalbeitrag von 5 Pf. erhoben hätten, einen guten Ortslokalbestand haben. Da aber seit dem 1. Juli die Zahlstelle in die erste Beitragsklasse gerückt sei, falle dieser Lokalbeitrag weg und könne für die Anstellung eines Sekretärs nicht mehr in Frage kommen. Nach den bisherigen Feststellungen würden die Unterhaltungskosten des Sekretariates pro Mitglied und Woche 5 Pf. betragen. Es sei deshalb notwendig, bevor man die Zustimmung zu der Anstellung eines Sekretärs gebe, an eine Regulierung der Beiträge zu denken. In den weiteren Ausführungen wies Redner darauf hin, daß bei den Kollegen eine gewisse Abneigung gegen Bezahlung von Extramarken vorhanden sei. So seien in den letzten beiden Quartalen 37 und 14 Streikmarken gefleht, während nach der Zahl der vorhandenen Mitglieder 68 bzw. 69 gefleht sein mußten. Dieses Verhältnis würde auch in Zukunft schwer zu bessern sein, deshalb sei die Frage aufzuwerfen, ist es nicht besser unter Fortfall der Streikmarke einen einheitlichen Wochenbeitrag zu erheben? Diese Frage müsse ohne weiteres bejaht werden. Da nun einmal eine Beitragserhöhung vorgenommen werden müsse, sei dringend zu empfehlen, ganze Arbeit zu verrichten und eine Erhöhung von 10 Pf. pro Woche vorzunehmen, damit sich dem gleichzeitig die Kosten für den Sekretär aufgebracht. Redner wies noch darauf hin, daß die Erhöhung von 30 auf 40 Pf. seinerzeit ohne Schwierigkeiten durchgeführt sei, er glaube auch diesmal würden die Kollegen von der Notwendigkeit der Erhöhung überzeugt sein, zumal ja dann die Extramarken wegfielen und durch die Erhöhung der Ortskasse weitere Mittel zugeführt würden. Zum Schluß forderte der Referent die Kollegen auf, sich zahlreich an der Diskussion zu beteiligen und den Vorschlag, den Beitrag von 40 auf 50 Pf. zu erhöhen, anzunehmen.

Die nun folgende Diskussion war eine sehr rege, und waren alle Redner mit dem Vorschlage einverstanden. Es soll jedoch zunächst noch einmal eine Versammlung stattfinden, wozu die Kollegen brieflich eingeladen werden sollen, ergibt sich dann eine große Majorität für den Vorschlag, so soll ab 1. Oktober der erhöhte Beitrag in Kraft treten. Andernfalls soll eine Abstimmung vorgenommen werden. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Zu bemerken ist noch, daß sämtliche anwesende Kollegen für die Beitragserhöhung in der vorgeschlagenen Form waren.

Zu der Anstellung des Sekretärs soll nur dann die Zustimmung gegeben werden, wenn sämtliche Gewerkschaften dafür sind, und die Beitragserhöhung angenommen ist.

Der Gauleiter gab dann einen kurzen Bericht über den schwedischen Generalkrieg und ermahnte die Kollegen, durch Hergabe von weiteren Geldmitteln, die kämpfenden zu unterstützen.

Es wurde daraufhin einstimmig beschlossen, 30 Mark aus der Ortskasse zu geben.

Sodann wurde einstimmig beschlossen, beim Hauptvorstande den Ausschluß des Mitgliedes August Diener wegen Streikbrüch zu beantragen. D. ist während des Streiks der Lederarbeiter auf der Lederfabrik in Arbeit getreten. Der Aufforderung sich zu rechtfertigen, ist er nicht nachgekommen.

In seinem Schlußwort ermahnte dann der Gauleiter die Anwesenden, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein. Die Zahl der Nichtorganisierten ist in Gelle noch immer sehr erheblich, diese zu gewinnen, müsse unsere Aufgabe sein. Daneben sei aber auch die politische Aufklärung notwendig, Beweis: die neuen Steuern. Ebenso sei aber auch die Arbeiterpresse und der Konsumverein zu unterstützen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Dessau. Sehr gut besucht war die zum 12. August einberufene öffentliche Versammlung. Der Gauleiter aus Elberfeld referierte über das Thema: „Wer schützt am wirksamsten die Interessen der Handels- und Trans-

portarbeiter?“ Der Referent schilderte zutreffend die traurige Lage unserer Berufs-Kollegen. Das einzige Mittel, den Zustand zu bessern, ist eine starke Organisation. In einem reichen Taschenmaterial wies er nach, wie überall dort, wo die Kollegen sich diese starke Organisation geschaffen haben, ihre Lage mit Hilfe der Organisation wesentlich gebessert worden ist. Es seien daher alle Zerplitterungsversuche, die von den Christen und Geiben versucht würden, euerigisch zu bekämpfen. Dies könne am besten durch eine unermüdbare Aufklärungsarbeit geschehen. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen.

In der Diskussion ging Kollege Schlimme auf die stattgefundenen Lohnkämpfe bei Bier usw. ein. Auch die Dessauer Straßenbahn habe den Kollegen entgegenkommen müssen, weil dieselben in ihrer Mehrzahl organisiert sind. Kollege Jacoby wünschte, daß die Worte des Referenten auf fruchtbaren Boden fallen mögen. Worte seien nun genug gewechselt, es müssen auch nun einmal Taten sein. Im Schlußwort wiederholte der Referent nochmals seine Aufforderung an die Rauen und Lässigen, und wies auf die Errungenschaften der Organisation hin. Die Kollegen sollten sich auf Herz und Nieren prüfen, ob sie bisher immer ihre Schuldigkeit in der Organisation getan hätten. Ursache, nutzlos zu sein, sei nicht vorhanden. Wir sind ständig vorwärts gekommen auf politischem, gewerkschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete. Deshalb, Kollegen, ermahnen Sie nicht in der Agitation. Berrichten Sie diese Arbeit, die notwendig ist, soll das Ziel erreicht werden, das wir uns gesteckt haben. Werbet unablässig neue Mitglieder für den Verband.

Kollegen, beherzigt diese Worte unseres Kollegen Bender, und vor allen Dingen besucht Eure Verbandsversammlungen, wo Ihr für Euren Kampf gestählt werdet und wo wir unsere gemeinsame Lage erörtern und über die Mittel zu ihrer Besserung beraten können. Und das bitten wir noch, gegenüber den unerhörten Schröppungen des schwarzen Blocks, des „Schnapsblocks“, s. h. ränkt den Alkoholgenuß soviel wie möglich ein, vor allem aber vermeidet den Fusell! Befalzt den Blockbrüchern gründlich ihre Rechnung! Mögen sie ihre Dividendenbrühe allein trinken, dann haben alle Liebesgaben ein Ende.

Göttingen. Eine Mitgliederversammlung fand am 4. September statt, in welcher zuerst der Kartelldelegierte Bericht erstattete. Zur Lokalfrage sei eine Kommission gewählt, welche aber bisher noch kein Resultat erzielt habe; dies liege hauptsächlich an der reaktionären Haltung der Gastwirte. Zum Winter sollen ständliche Unterrichtsreise abgehalten und die Kollegen ersucht werden, sich daran zahlreich zu beteiligen. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 3,45 Mk. Hierauf berichtete Kollege Leichgräber über die Gewerbegerichtswahl, wonach Kollege Bornemann als Kandidat gewählt wurde. Zur Gaukonferenz wurde der Kollege Leichgräber als Delegierter gewählt. Uster Verschiedenes wurde auch ein Fall kritisiert, der sich bei einem Fuhrwerksführer zugetragen hat, und wobei der Sohn eines Pastors, der dort als Hofverwalter fungiert, eine unruhliche Rolle spielt. Ein Kollege, welcher tagsüber den Hotelwagen gefahren hatte, wurde, als er abends auf den Hof einfuhr, von diesem Herrn sehr unfein angebrüllt, er solle seinen Wagen an die Seite fahren. Auf die Antwort, daß dies geschehen, wurde der Pastorssohn sehr erregt und gab dem betreffenden Kollegen einen Eimer voll Wasser nach und warf dann noch den leeren Eimer hinterher. Dies nur ein Beispiel, was sich die in diesem Betriebe beschäftigten Kollegen von einem „gut“ erzogenen Pastorssohn und „gebildeten“ Kaufmann alles gefallen lassen. Wären die Kollegen organisiert, so hätten sie die Macht in Händen, diesen Herrn so zu erziehen, daß er lernt, mit Menschen umzugehen. Vielleicht holen die Kollegen in dem betreffenden Betriebe bald das Versäumte nach und treten unserer Organisation bei, damit eine derartige Behandlung für die Zukunft verhindert wird. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, den in der Volksversammlung gefaßten Beschluß betreffs Bierpreiserhöhung zu halten und sich in Zukunft noch reger an unseren Versammlungen zu beteiligen.

Güstrow. In einer am 12. September abgehaltenen Versammlung wurde zuerst über die zweckmäßigste Agitation am Orte beraten. Es wurde beschlossen, in eine Hausagitation einzutreten. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen in ihrem Interesse unser Arbeiterblatt, die „Mecklenburger Volkszeitung“ halten möchten. Hierauf wurde der Kartellbericht gegeben, wonach sich eine Diskussion entspann. Im weiteren wurde auf den Kampf unserer Arbeitsbrüder in Schweden hingewiesen und ihnen die volle Sympathie zugesprochen. Als erste Rate wurden ihnen 15 Mk. bewilligt und beschlossen, Sammellisten herauszugeben mit der Aufforderung, daß sich alle Kollegen rege an den Geldsammlungen beteiligen möchten. Außerdem wurde auf das eben erschienene Protokoll von der 6. Generalversammlung aufmerksam gemacht und die Kollegen ersucht, sich an den nächsten Versammlungen noch reger zu beteiligen.

Rosen. Am 26. August fand eine Transportarbeiterversammlung statt, in welcher ein Kollege in politischer Sprache über das Thema: „Muß der Arbeiter infolge der 500 Millionen neuer Steuern nicht höhere Löhne fordern?“ referierte. Redner kritisierte in einleitendem Vortrag die Mißwirtschaft im Deutschen Reich, führte unter anderem das riesige Anwachsen der Schuldenlast an, indem er bemerkt, daß wir 1871 fünf Milliarden Kriegsgelder von Frankreich erhielten; 1876 war Deutschland noch schuldenfrei; die Schulden kletterten dann wie folgt: 1877-78 eine Umlaute von 72 Millionen Mk., 1887-88 Schulden 720 Millionen Mk., 1897-98 Schulden 2182 Millionen Mk.,

Göppingen 94,78, Karlsruhe 510,15, Mühlhausen 113,25, Offenburger 31,92, Pforzheim 169,—, Straßburg I 634,10, Straßburg II 292,94, Stuttgart 1863,75, Juffenhansen 37,50; Einzelmitglieder Gau 16: 40,49 Mt.

b) Für Lohnbewegungen.

Bartenstein 3,—, Danzig 17,60, Elbing 2,20, Königsberg 135,40, Maguit —,20, Tilsit 41,60 Mt. Benthien 5,—, Brieg 2,20, Bunzlau 22,60, Freiburg 24,20, Glatz —,60, Glogau 13,80, Görlitz 38,—, Guben 13,60, Hirschberg 5,40, Ratibitz 6,60, Königsbrunn 4,—, Langenbielau 10,—, Liegnitz 40,80, Neustadt (O.-Schl.) 6,60, Ohlau 15,40, Oppeln 1,60, Posen 21,20, Ratibor 1,40, Rawitsch 2,—, Sagan 2,20, Schweidnitz 2,40, Sirehien 4,—, Striegau 14,—, Waldenburg 7,40, Grünberg 10,—, Breslau 524,40; Einzelmitglieder Gau 2: —,80 Mt.

Alt-Landsberg 2,—, Bernau 5,20, Cottbus 7,60, Forst 10,20, Frankfurt (Oder) 13,60, Fürstentum 4,80, Landsberg a. B. 6,30, Luckenwalde 18,—, Müllrose 8,—, Nowawes-Neuendorf 10,—, Potsdam 30,60, Sozau 2,—, Spremberg 3,—, Weißwasser 1,80, Wittenberge 10,60, Witten 31,20, Brandenburg 39,60, Guben 4,40; Einzelmitglieder Gau 3: —,20 Mt.

Berlin I 1047,60, Berlin II 3456,60, Berlin III 164,20, Berlin IV 546,80, Einzelmitglieder 1,50, Köpenick 70,40, Gr.-Lichterfelde 1,—, Spandau 66,—, Steglitz 6,40, Wittenau 3,20, Zehlendorf 1,40, Stettin 47,60, Stolp 4,40, Stralsund 4,—; Einzelmitglieder Gau 4: —,40 Mt.

Altenburg 74,20, Baunzen 5,60, Chemnitz 100,40, Crimmitschau 25,—, Döbeln 7,—, Dresden 699,—, Falkenstein 9,20, Frankenberg 6,80, Glauchau 4,40, Göhriz 2,60, Greiz 8,—, Großenhain 3,80, Kamenz 3,20, Königstein 7,60, Leisnig 2,20, Leipzig 885,—, Lössau 3,40, Meerane 22,60, Meissen 16,60, Mieswitz 10,—, Mittweida 5,40, Oelsnitz 4,—, Pirna 27,—, Plauen 29,80, Reichenbach 21,20, Riesa 2,80, Rochlitz 4,—, Rumbach 4,20, Riesa 4,60, Reigersdorf 1,60, Sebnitz 2,—, Riesa 18,20, Schmöckh 4,60, Weiden 3,20, Zeulenroda 5,—, Zittau 24,—, Zwickau 28,80; Einzelmitglieder Gau 5: 5,60 Mt.

Augsburg 20,60, Böhrling 2,40, Kaufbeuren 1,70, Memmingen 23,40, Memminger —,80, München I 497,40, München II 148,40, Pasing 3,80, Regensburg 33,20, Reichenhall 19,60, Rosenheim —,20, Ulm —,60; Einzelmitglieder Gau 6: 2,— Mt.

Ausbach 2,20, Bayreuth 6,60, Erlangen 6,60, Gunzenhausen 5,—, Hof 20,—, Kitzingen 5,—, Kronach 10,20, Markredwitz 4,40, Nürnberg-Fürth 304,60, Schweinfurt 2,20, Weiden 3,80, Würzburg 8,80; Einzelmitglieder Gau 7: —,20 Mt.

Apolda 5,20, Arnstadt 4,60, Artlen 1,40, Coburg 8,80, Eisenach 19,—, Eilrich 12,20, Erfurt 23,20, Gera 37,80, Göttingen 17,40, Gotha 18,80, Hamm-Münden 16,40, Jena 36,50, Kassel 55,20, Mühlhausen 5,80, Nordhausen 20,40, Pöfnitz 4,60, Rudolstadt 20,60, Saalfeld 2,60, Salzungen 1,20, Sangerhausen 17,—, Sonneberg 17,—, Teuchern 5,—, Waltershausen 2,—, Weimar 6,—, Zeitz 49,20; Einzelmitglieder Gau 8: —,40 Mt.

Bernburg 3,60, Braunschweig 46,—, Burg 7,—, Cöthen 4,80, Coswig 1,—, Delitzsch 4,—, Dessau 32,40, Eisenach 2,—, Halberstadt 18,40, Halle 172,40, Magdeburg 487,60, Merseburg 17,—, Queblinburg 4,—, Roslau 12,80, Schönebeck 13,40, Staßfurt 12,60, Stendal 7,60, Tangermünde 12,20, Weißenfels 14,60, Wernigerode 1,40; Einzelmitglieder Gau 9: 1,80 Mt.

Badenhausen 2,20, Bielefeld 36,—, Cella 13,60, Clausthal-Zellerfeld 2,20, Einbeck 6,40, Goslar 7,20, Hameln 8,—, Hannover 160,60, Herford 3,60, Hildesheim 23,40, Minden 8,60, Osterode 3,20, Peine 6,—; Einzelmitglieder Gau 10: 2,80 Mt.

Bergedorf 9,—, Cederfürde 18,80, Flensburg 12,60, Grabow 7,40, Güstrow 8,40, Hamburg I 1585,40, Hamburg II 173,40, Harburg 37,80, Heide 16,40, Jäger 19,20, Kiel 423,20, Lübeck 70,60, Lüneburg 7,20, Malchin 3,20, Neumünster 33,70, Nienburg 5,80, Norder 14,80, Schleswig 1,—, Seelow 5,40, Wilhelmshagen 22,60, Wismar 11,20; Einzelmitglieder Gau 11: 8,70 Mt.

Wart-Wilhelmshaven 26,60, Drake 16,—, Bremen I 397,—, Bremerhaven 76,—, Burgardum 1,80, Cuxhaven 2,40, Dahlenhorst 9,—, Elmstedt 10,60, Emden 1,40, Leer 27,—, Norden 4,—, Nordenham 2,40, Oldenburg 36,60, Varel 3,80, Vegesack 9,—, Verden 3,40, Weener 1,—; Einzelmitglieder Gau 12: —,20 Mt.

Böhmisch 3,60, Dortmund 12,—, Elberfeld-Barmen 88,—, Essen (Ruh) 56,40, Essen (West) 8,40, Gelsenkirchen —,80, Hagen 8,80, Haspe 2,80, Herforn 1,80, Lützenfeld 4,—, Münster 4,60, Ohligs 1,80, Ronsdorf 12,—, Ronsdorf —,40, Solingen 30,80, Wanne 4,—, Witten —,60; Einzelmitglieder Gau 13: 1,60 Mt.

Nachen 21,—, Düren 4,50, Koblenz 2,10, Köln 55,40, Krefeld 6,60, Uerdingen 3,90, Biersen 3,90; Einzelmitglieder Gau 14: 2,10 Mt.

Bielefeld 6,60, Darnstadt 36,—, Diederhofen 6,40, Frankfurt 18,80, Frankfurt a. M. 207,50, Friedberg (Hessen) 4,—, Gießen 24,—, Hanau 11,60, Heideberg 6,20, Homburg v. d. G. 3,20, Kaiserlautern 2,20, Kreuznach 2,20, Landau 4,80, Mainz 89,—, Mannheim-Ludwigshafen 224,—, Marburg 2,60, Meß 1,40, Neunkirchen —,90, Neustadt a. d. H. 4,20, Offenbach 24,—, Pirmasens 8,—, Saarbrücken 4,—, Speyer 8,—, Wehr 4,—, Wiesbaden 3,80, Worms 42,—, Zweibrücken 4,20; Einzelmitglieder Gau 15: 1,40 Mt.

Baden-Baden 3,20, Colmar 6,80, Emmendingen 2,60, Feuerbach 2,40, Freiburg 17,—, Göttingen 6,20, Karlsruhe 35,—, Mühlhausen 2,80, Offenburger 1,—, Pforzheim 10,40, Straßburg I 40,—, Stuttgart 123,20, Juffenhansen 2,80; Einzelmitglieder Gau 16: —,60 Mt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Kassenbericht pro 1. Quartal 1909.

A. Einnahme.

Table with columns for various income categories (An Kassenbestand am 1. 1. 09, a) in Bar und Belegen, b) in Effekten und Guthaben, etc.) and corresponding amounts in M and S.

B. Ausgabe.

Table with columns for various expense categories (Der Drucklegung des „Courier“ zc., Expedition des „Courier“ zc., Redaktion des „Courier“ zc., etc.) and corresponding amounts in M and S.

C. Bilanz.

Table with columns for balance sheet items (Kassenbestand am 1. 1. 09, in Bar und Belegen, in Effekten und Guthaben, etc.) and corresponding amounts in M and S.

Abrechnung der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 1. Quartal 1909.

Large summary table with columns for 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expense) across various categories and gaues, including sub-totals and grand totals.

* Sonstige Einnahmen setzen sich zusammen aus: Zuschuß von der Hauptkasse 9186,20 Mt., Festüberschüsse 2669,95 Mt., Zinsen 3202,52 Mt., Telleranrückungen 61,05 Mt., Zahlungen 678,94 Mt., Darlehen 480,— Mt., Eingeb. Vermögen 80,— Mt., Abonnements 2,— Mt., Duplikate 2,— Mt., Baufonds-Beiträge 173,50 Mt., Diverse 1752,32 Mt., Zufuhr 1818,48 Mt. — *) Porto und Diverse setzen sich zusammen aus: Porto 8041,74 Mt., Fest-Defizite 706,68 Mt., Rückzahlungen 102,— Mt., Beiträge 857,22 Mt., Gewerkschaftsbeiträge 758,85 Mt., Groß-Berlin 9192,32 Mt., Arbeitsnachweis Berlin 3871,67 Mt., Diverse 3781,06 Mt., Zusammen 22201,49 Mt.

Verantwortl. Redakteur: Emil Nibel, Biehensberg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Diwald, Berlin, Halberstr. 37.